

Ämtliche Bekanntmachungen der Freien Prälatur Schneidemühl.

Stück 2.

Schneidemühl, den 12. Februar

1936

Inhalt: Nr. 21. Gedenktag für die Kriegsoffer. — Nr. 22. Hirtenwort zur Caritas-Kollekte am Sonntag, dem 8. März 1936. — Nr. 23. Refollektionen. — Nr. 24. Thematata für die außerkirchliche Konferenz bei Gelegenheit der nächsten Recollectio. — Nr. 25. Exerzitien für Arbeitsdienstmänner. — Nr. 26. Alkoholgegnerische Frauenwoche. — Nr. 27. Organisation der katholischen Seeresselforge. — Nr. 28. Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935. — Nr. 29. Aus der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz. — Nr. 30. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, vom 15. September 1935. — Nr. 31. Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, vom 14. November 1935. — Nr. 32. Aus der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen, vom 14. November 1935. — Nr. 33. Umfang der seelsorglichen Schweigepflicht. — Nr. 34. Zum Gesetz über die religiöse Kindererziehung. — Nr. 35. Betr. Lohnsteuer der ledigen Arbeitnehmer über 65 Jahre. — Nr. 36. Imprimatur für religiöse Lichtbilder, Bildbänder und Filme. — Nr. 37. Zur besonderen Beachtung. — Nr. 38. Personalien. — Nr. 39. Betr. Zeitschrift für den katholischen Religionsunterricht. — Nr. 40. Literarisches.

Nr. 21. Gedenktag für die Kriegsoffer.

Der 2. Fastensonntag (Reminiscere), der 8. März, ist der Volkstrauer- und Gedenktag der Kriegsoffer, derer wir an diesem Tage pietätvoll gedenken wollen. Dafür folgende Verordnung:

1. In jeder Kirche wird ein Gottesdienst in Wort und Gebet unter den Gedanken dieses Tages gestellt.
2. Die Verlesung des Fastenhirtenbriefes wird ausgesetzt; dafür verlese man das Hirtenwort zur Caritaskollekte, füge ein warmherziges Gedenken an die Gefallenen an, rufe auf zum Opfer für sie in Gebet und Almosen und deute die stumme Predigt der Heldengräber: Opferbereitschaft und Treue.
3. Hinsichtlich der Zeit und Ausgestaltung des Gottesdienstes komme man den Wünschen, die etwa von den Kriegervereinen und nationalen Verbänden an uns herangetragen werden, tunlichst entgegen.
4. Das Glockengeläute, das, falls keine andere Verordnung kommt, am besten um 12 oder 13 Uhr gehalten wird, gibt der Teilnahme des ganzen katholischen Volkes Ausdruck.
5. Über die Beflaggung der Kirchengebäude ist das Notwendige bekannt.
6. Am vorhergehenden Sonntag, am 1. März, werden die Gläubigen auf den Volkstrauertag hingewiesen, um Gebet und hl. Kommunion für die Toten gebeten und auf die Caritaskollekte vorbereitet.

Schneidemühl, den 9. Februar 1935.

Dr. Harz, Prälat.

Nr. 22. Hirtenwort zur Caritas-Kollekte am Sonntag, dem 8. März 1936.

Geliebte Diözesanen! Wie im vorigen Jahre, so wende ich mich auch heute wieder am Volkstrauer- und Gedenktag der Kriegsoffer an Euer mitfühlendes Herz und Euere stets hilfsbereite Hand, um von Euch eine Gabe zu erbitten für die Linderung der vielfachen Not, die heute trotz aller schätzenswerten Leistungen des staatlichen Winterhilfswerkes noch herrscht, und für die Erhaltung und segensreiche Betätigung unserer caritativen Einrichtungen, besonders unserer Schwesternstationen, die heute weit mehr als früher auf unsere eigene kirchliche Hilfe an-

gewiesen sind. Fasten und Almosengeben sind im Sprachgebrauch der hl. Schrift und im uralten Gebrauch christlicher Auffassung so eng verbunden, daß wir sie gern in einem Atemzug nennen. Abstinencia jejunantium fiat refectio pauperum = „Die Enthaltensamkeit der Fastenden werde zur Erquickung für die Armen“, sagt schon der hl. Papst Leo I. in einer seiner berühmten Fastenpredigten. Darum komme ich mit meiner Bitte zu Euch in der hl. Fastenzeit. Ich habe aber auch einen wichtigen Grund, warum ich gerade heute, am Helde-n-gedenktag, meine Bitte an Euch richte. Unsere Gabe für die Caritaskollekte soll ein Dankopfer sein, das wir heute auf den Opferaltar unserer Kriegsgräber legen, um denen zu danken, die in „größerer Liebe“ viel mehr geopfert haben und darum unseren steten Dank verdienen. Unser Almosen soll ein Sühnopfer sein für die Seelen der gefallenen und verstorbenen Krieger, mit dem wir heute inniger als sonst beten wollen: „Nimm in das himmlische Vaterland barmherzig die Seelen jener auf, die für das irdische Vaterland ihr Leben aushauchen mußten.“ Unsere Caritaspende soll ein Hilfsopfer sein, womit wir besonders den Alten und Kranken und aller stillen Not helfen wollen, die in vielen Fällen auf den Krieg zurückgeht: Die alten Eltern verloren den Sohn, der einmal Stab und Stütze ihres Alters sein sollte. Die Frau verlor allzu früh ihren Mann, den Vater und Ernährer ihrer Kinder. Kriegs- und Nachkriegszeit nahmen den Notpfennig, den man sich für die alten Tage zurückgelegt hatte. Seht, geliebte Diözesanen, wenn die kirchliche Caritas in solchen Notfällen hilft, so ist das wahrhaftig der schönste „Kriegerdank“. Dafür die Mittel zur Verfügung zu stellen, ist der besondere Zweck der heutigen Caritaskollekte, der sich niemand entziehen sollte, der noch etwas geben kann. Helft uns helfen! Das ist heute meine herzliche Bitte an Euch, geliebte Diözesanen, und ich weiß, Ihr laßt mich nicht vergeblich bitten, weil Ihr die Notwendigkeit und den Segen, aber auch die Sorgen der kirchlichen Liebestätigkeit in heutiger Zeit kennt. Gott lohne Euch Euere Gabe mit dem Segen, den das priesterliche Breviergebet der Fastenzeit nennt: „Verget das Almosen im Schoß der Armen, und es wird für euch zur Fürbitte beim Herrn. Denn wie Wasser das Feuer löscht, so tilgt das Almosen die Sünden. Gebet also Almosen, und alles wird euch rein sein!“

Mit einem herzlichen „Vergelt's Gott“ im voraus verbinde ich gern meinen oberhirtlichen Segen: Euch alle, geliebte Diözesanen, und Euere so oft schon be-



C2 32022/1936/2

847c 2000

wiesene Hilfsbereitschaft segne, erhalte und belohne der gütige Gott: Der Vater und der Sohn und der Hl. Geist! — Amen.

Schneidemühl, am Sonntag Septuagesima, am 9. Februar 1936.

Dr. Harz, Prälat.

Vorstehendes Hirtenwort ist am Sonntag, dem 8. März, in allen hl. Messen zu verlesen, nachdem die Gläubigen schon am vorhergehenden Sonntag auf die Caritaskollekte aufmerksam gemacht worden sind. Falls in einer Pfarrei eine besondere Notlage gegeben ist, bleibt die Hälfte des Ertrages dem Pfarrer für örtliche, caritative Zwecke. Die andere Hälfte bzw. der Gesamtbetrag ist spätestens bis zum 20. März durch die Herren Pfarrer und Kuraten — also nicht über den Kollektenzettel — an den Caritasverband für die Freie Prälatur Schneidemühl (Postcheckkonto Stettin 3777) einzusenden. Ich bitte die Herren Pfarrer und Kuraten, sich die Durchführung der Caritaskollekte besonders anlegen sein zu lassen, d. h. die Kollekte vorher anzukündigen, das Hirtenwort überall vorzulesen und die Sammlung in allen hl. Messen zu halten. Bei Filialgotteisdiensten werden Hirtenwort und Kollekte auf einen anderen Sonntag verlegt.

Nr. 23. Rekolektionen.

Im März bzw. April wird der hochwürdige Herr Kuratus P. Schulte folgende Rekolektionen für Geistliche halten:

- 17. März (Dienstag) in Schneidemühl,
- 23. März (Montag) in Meseritz,
- 24. März (Dienstag) in Bomst,
- 30. März (Montag) in St. Krone,
- 31. März (Dienstag) in Schlochau,
- 1. April (Mittwoch) in Flatow.

Nähere Mitteilung ergeht durch die hochwürdigen Herren Dekane.

Nr. 24. Themata für die außerkirchliche Konferenz bei Gelegenheit der nächsten Rekolektio.

Die Durcheinandermischung der Konfessionen nimmt tagtäglich in ganz bedeutendem Maße zu. „Die wandernde Kirche“ und „Die Ertüchtigung der Jugend für die Diaspora“ ist heute auch für die kleinste Landgemeinde eine überaus wichtige Seelsorgsfrage und für den deutschen Gesamtkatholizismus eine Lebensfrage geworden. Indem ich den hochw. Klerus der Prälatur auf diese brennende Zeitfrage hinweise, ordne ich hiermit an, daß bei Gelegenheit der nächsten Recollectio das Thema „Ertüchtigung der Jugend für die Diaspora“ in Vortrag und Diskussion besprochen werden muß. Als Grundlage kann die sehr beachtenswerte Abhandlung dienen, die Pfr. Dr. A. M. Wachsmann-Greifswald mit der Überschrift: „Zur Situation der Diaspora“ im Priesterjahrbuch des Bonifatiusvereins 1935 erscheinen ließ; das Priesterjahrbuch befindet sich in der Hand aller Geistlichen.

Schneidemühl, den 7. Februar 1936.

Dr. Harz, Prälat.

Nr. 25. Exerzitien für Arbeitsdienstmänner.

Am 1. April d. J. rückt ein neuer Jahrgang in den Arbeitsdienst ein. Arbeitsdienst ist Ehrendienst für das deutsche Jungvolk, aber niemand wird sich der Einsicht verschließen, daß er auch für manchen Jugendlichen in den entscheidendsten Entwicklungsjahren eine Gefahr für Glaube und Sitte werden kann. Darum ist es unabwiesbare Pflicht für alle, die es angeht, den zukünftigen Arbeitsdienstmännern das nötige geistige Rüstzeug mitzugeben, damit sie an ihrem Seelenheil keinen Schaden leiden. Das wirksamste Mittel, um dieser Gefahr zu begegnen, sind die Exerzitien. Sie bedeuten für den Jungmann Selbstbestimmung, Einker in das eigene Haus, Ausblick ins Haus der Ewigkeit, Stärkung und Festigung im Glaubensleben.

Es werden deshalb Exerzitien für die neu einrückenden Arbeitsdienstmänner vom Donnerstag, dem 26. März, abends bis Sonntag, dem 29. März, stattfinden, und zwar für den nördlichen Bezirk der Prälatur in Marienbuchen, für den mittleren und südlichen Bezirk im Caritashaus in Schwerina W.

Die hochw. Herren Seelsorgsgeistlichen ersuchen wir, die in diesem Jahre einrückenden Arbeitsdienstmänner in ihrem Seelsorgsbezirk festzustellen und sie für die Teilnahme an den Exerzitien persönlich zu gewinnen. Wenn auch die Zeit der Exerzitien etwas ungünstig zu liegen scheint, so blieb uns wegen des Einrückungstermins am 1. April keine andere Wahl. Wir können auf die Exerzitien mit Rücksicht auf ihre unbedingte Notwendigkeit nicht verzichten, und wir machen es den Seelsorgern zur hl. Gewissenspflicht, mit aller Kraft dafür zu werben, daß sie auch zustande kommen. Anmeldungen für die Exerzitien sind unter Angabe des Exerzitienhauses bis zum 22. März an die Freie Prälatur zu richten. Fehlanzeige erforderlich. Preise je Teilnehmer 6 M.

Schneidemühl, den 11. Februar 1936.

Dr. Harz, Prälat.

Nr. 26. Alkoholgegnerische Frauenwoche.

In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 15. 1. 1936 (Amtliche Bekanntmachungen 1936, Stück 1, Nr. 5) ordnen wir hierdurch an, daß in der Woche vom 8. bis 15. März in jeder Gemeinde in einer besonderen kirchlichen oder außerkirchlichen Versammlung der Frauen und Jungfrauen in Form einer Predigt oder eines Vortrages die Alkoholfrage besprochen werden soll. Die entsprechende Predigtskizze liegt bei. Zugleich erinnern wir an das sonstige reichhaltige und brauchbare Material, das in der früheren Mitteilung bereits genannt war. Am meisten dürfte sich für diese Veranstaltung der Sonntag-Nachmittag empfehlen; geht das nicht, so nehme man einen werktäglichen Abend. Erscheint die Woche vom 8. bis 15. März ungeeignet, so bestimme man eine andere Fastenwoche. Vor Beginn der Predigt wird mein Aufruf (Amtliche Bekanntmachungen 1936, Stück 1, Nr. 5) zur Kenntnis der Gläubigen gebracht.

Schneidemühl, den 4. Februar 1936.

Dr. Harz, Prälat.

Nr. 27. Organisation der katholischen Heeresseelsorge.

Wir bringen im folgenden eine Zusammenfassung der wesentlichsten Bestimmungen:

1. Armeebischof.

Der hl. Stuhl ernennt im Einvernehmen mit der Reichsregierung zur Leitung der Heeresseelsorge einen Bischof.

Die Heeresseelsorge ist *exempt* von der Jurisdiktion der Ortsordinarien.

Der Armeebischof hat *iurisdictio ordinaria*.

Er ernennt einen Generalvikar.

Der Sitz des Bischofs und seines Ordinariates ist Berlin.

2. Die dem Armeebischof unterstellten Personen.

Der Jurisdiktion des Armeebischofs unterstehen die katholischen Offiziere, Mannschaften, Beamten und Angestellten der deutschen Wehrmacht mit ihren Familien.

Der Heeresseelsorge sind die katholischen Familienangehörigen auch zugeteilt, wenn der Mann bzw. der Vater dem katholischen Bekenntnis nicht angehört. Als Familienangehörige gelten die Frau und die Kinder (die eigenen wie die adoptierten), bis sie das 21. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie sich im väterlichen Haushalt befinden.

Die Gattin, die rechtmäßig (*legitime* im Sinne des kanonischen Rechts) vom Manne getrennt ist sowie die Kinder, die mit der Mutter in Gemeinschaft leben, unterstehen der Jurisdiktion des Diözesanbischofs.

3. Die dem Armeebischof unterstellten Orte.

Die Jurisdiktion des Armeebischofs erstreckt sich auf die Militärschulen, alle militärischen Gebäude (Kasernen, Festungswerke usw.), auf die militärischen Krankenhäuser (Lazarette), auf Militärgefängnisse, endlich auf Kirchen und Kapellen, die im ausschließlichen Gebrauch der Militärseelsorge stehen und gewöhnlich als Garnisonkirchen bezeichnet werden. Bezüglich der andern Kirchen, die für gottesdienstliche Zwecke des Militärs verwendet werden, sind Verträge mit dem *rector ecclesiae* und den sonst Berechtigten abzuschließen und dem Ortsordinarius zur Genehmigung vorzulegen.

4. Militärpfarreien und Militärgeistliche.

Der Armeebischof hat das Recht, im Benehmen mit dem Diözesanbischof Militärpfarreien zu errichten und sie in ihrer Umgrenzung zu ändern.

Die Militärgeistlichen werden nach vorausgehendem Benehmen mit den zuständigen Reichsbehörden vom Armeebischof ernannt und erhalten von ihm Jurisdiktion und Vollmachten.

Die Aufnahme in den Klerus der Heeresseelsorge bedeutet nicht auch die Exkardination aus der eigenen Diözese. Wenn der Militärgeistliche vom Armeebischof wieder entlassen wird, lebt die Jurisdiktion des Ortsordinarius wieder auf, der ihn für die Militärseelsorge beurlaubt hat.

Der Armeebischof wird dort, wo keine Militärgeistlichen vorhanden sind, im Einvernehmen mit dem Ortsordinarius Sorge tragen, daß die Ortsgeistlichen die Pastoration der Wehrmacht wahrnehmen.

Besoldung und Ruhegehalt der fest für die Militärseelsorge eingestellten Geistlichen wird vom Reiche nach der Reichsbesoldungsordnung geleistet. Bis

sie jedoch dieselben Pensionsansprüche erwerben, die den pensionierten Pfarrern der Diözese zustehen, der sie inkardiniert sind, zahlen sie in die Pensionskasse des Bistums und bleiben so in der eigenen Diözese pensionsberechtigt. Sobald sie die staatliche Ruhegehaltsberechtigung erlangt haben, verlieren sie alle Ansprüche an die Diözesan-Ruhegehaltskasse.

5. Die Verwaltung der Sakramente.

Grundsätzlich gelten das allgemeine Recht wie auch die rechtmäßigen, örtlichen Gewohnheiten.

Für die Feier des Messopfers unter freiem Himmel sind die Vorschriften des C.I.C. can. 822 § 4 und das Schreiben der Sakramentenkongregation an die Bischöfe Italiens vom 26. Juli 1924 (M.A.S. 1924, S. 370 f.) maßgebend. Danach kann der Armeebischof erlauben, daß die hl. Messe an den ihm unterstellten Orten außerhalb der Kirche oder Kapelle bei einem außerordentlichen Anlaß gehalten wird, wenn ein rechtmäßiger und vernünftiger Grund vorhanden ist; außerhalb dieser Orte möge er die Erlaubnis des Ortsordinarius einholen. Bei weltlichen Festen oder politischen Feiern ist die Zelebration außerhalb des kirchlich umschlossenen Raumes gänzlich verboten.

Für die Eheassistenten der zur Militärgemeinde gehörigen Personen sind die Militärgeistlichen zuständig. Hinsichtlich der Gültigkeit der Eheschließung besteht daneben (*cumulative*) auch die Jurisdiktion des Ortsordinarius und des Ortspfarrers sowie der von diesem bevollmächtigten Geistlichen. Im übrigen sind die Vorschriften des C.I.C. can. 1097 (erlaubte Eheassistenten) zu beachten.

Die Militärgeistlichen sind verpflichtet, eigene Kirchenbücher (Tauf-, Firm-, Ehe- und Totenbuch) zu führen und alljährlich ein authentisches Exemplar davon an den Armeebischof zu senden.

6. Die Ehegerichtsbarkeit.

Eheprozesse sind nicht vor dem Offizialat des Armeebischofs, sondern vor dem Ehegericht der Diözese zu führen, die nach den geltenden kanonischen Bestimmungen sonst zuständig wäre. Aber Trennung von Tisch und Bett kann jedoch der Armeebischof entscheiden.

Nr. 28. Reichsbürgergesetz v. 15. Sept. 1935.

(RGBl. I 1146).

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutscher oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nr. 29. Aus der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Vom 14. November 1935.

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Bis zum Erlaß weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten vorläufig als Reichsbürger die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht besessen haben, oder denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht verleiht.

(2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht entziehen.

§ 2

(1) Die Vorschriften des § 1 gelten auch für die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge.

(2) Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großelternanteilen abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großelternanteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

§ 3

Nur der Reichsbürger kann als Träger der vollen politischen Rechte das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann für die Übergangszeit Ausnahmen für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern gestatten. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

§ 4

(1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.

(2) Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen Ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge; sie steigen jedoch nicht in Dienstaltersstufen auf. Nach Erreichung der Altersgrenze wird ihr Ruhegehalt nach den letzten Ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen neu berechnet.

(3) Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

(4) Das Dienstverhältnis der Lehrer an öffentlichen jüdischen Schulen bleibt bis zur Neuregelung des jüdischen Schulwesens unberührt.

§ 5

(1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. § 2 Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.

(2) Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling,

a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,

b) der beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,

c) der aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) geschlossen ist,

d) der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird.

Nr. 30. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, vom 15. September 1935.

(RGBl. I 1146).

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2

Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4

(1) Juden ist das Führen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

(2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5

(1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

(3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 7

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

Mr. 31. Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Vom 14. November 1935.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Reichsgesetzblatt I S. 1146) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Staatsangehörige sind die deutschen Staatsangehörigen im Sinne des Reichsbürgergesetzes.

(2) Wer jüdischer Mischling ist, bestimmt § 2 Abs. 2 der Ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz (Reichsgesetzbl. I S. 1333).

(3) Wer Jude ist, bestimmt § 5 der gleichen Verordnung.

§ 2

Zu den nach § 1 des Gesetzes verbotenen Eheschließungen gehören auch die Eheschließungen zwischen Juden und staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternteil haben.

§ 3

(1) Staatsangehörige jüdische Mischlinge mit zwei volljüdischen Großeltern bedürfen zur Eheschließung mit Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes oder mit staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternteil haben, der Genehmigung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers oder der von ihnen bestimmten Stelle.

(2) Bei der Entscheidung sind insbesondere zu berücksichtigen die körperlichen, seelischen und charakterlichen Eigenschaften des Antragstellers, die Dauer der Anwesenheit seiner Familie in Deutschland, seine oder seines Vaters Teilnahme am Weltkrieg und seine sonstige Familiengeschichte.

(3) Der Antrag auf Genehmigung ist bei der höheren Verwaltungsbehörde zu stellen, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(4) Das Verfahren regelt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers.

§ 4

Eine Ehe soll nicht geschlossen werden zwischen staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternteil haben.

§ 5

Die Ehehindernisse wegen jüdischen Bluteinschlages sind durch § 1 des Gesetzes und durch §§ 2 bis 4 dieser Verordnung erschöpfend geregelt.

§ 6

Eine Ehe soll ferner nicht geschlossen werden, wenn aus ihr eine die Reinerhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist.

§ 7

Vor der Eheschließung hat jeder Verlobte durch das Ehefähigkeitszeugnis (§ 2 des Ehegesundheitsgesetzes vom 18. Oktober 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1246) nachzuweisen, daß kein Ehehindernis im Sinne des § 6 dieser Verordnung vorliegt. Wird das Ehefähigkeitszeugnis versagt, so ist nur die Dienstaufsichtsbeschwerde zulässig.

§ 8

(1) Die Nichtigkeit einer entgegen dem § 1 des Gesetzes oder dem § 2 dieser Verordnung geschlossenen Ehe kann nur im Wege der Nichtigkeitsklage geltend gemacht werden.

(2) Für Ehen, die entgegen den §§ 3, 4 und 6 geschlossen worden sind, treten die Folgen des § 1 und des § 5 Abs. 1 des Gesetzes nicht ein.

§ 9

Besitzt einer der Verlobten eine fremde Staatsangehörigkeit, so ist vor einer Versagung des Aufgebots wegen eines der im § 1 des Gesetzes oder in den §§ 2 bis 4 dieser Verordnung genannten Ehehindernisse sowie vor einer Versagung des Ehefähigkeitszeugnisses in Fällen des § 6 die Entscheidung des Reichsministers des Innern einzuholen.

§ 10

Eine Ehe, die vor einer deutschen Konsularbehörde geschlossen ist, gilt als im Inlande geschlossen.

§ 11

Außerehelicher Verkehr im Sinne des § 2 des Gesetzes ist nur der Geschlechtsverkehr. Strafbar nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes ist auch der außereheliche Verkehr zwischen Juden und staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternteil haben.

§ 12

(1) Ein Haushalt ist jüdisch (§ 3 des Gesetzes), wenn ein jüdischer Mann Haushaltsvorstand ist oder der Hausgemeinschaft angehört.

(2) Im Haushalt beschäftigt ist, wer im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses in die Hausgemeinschaft aufgenommen ist, oder wer mit alltäglichen Hausarbeiten oder anderen alltäglichen, mit dem Haushalt in Verbindung stehenden Arbeiten beschäftigt ist.

(3) Weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Erlass des Gesetzes in einem jüdischen Haushalt beschäftigt waren, können in diesem Haushalt in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis bleiben, wenn sie bis zum 31. Dezember 1935 das 35. Lebensjahr vollendet haben.

(4) Fremde Staatsangehörige, die weder ihren Wohnsitz noch ihren dauernden Aufenthalt im Inlande haben, fallen nicht unter diese Vorschrift.

§ 13

Wer dem Verbot des § 3 des Gesetzes in Verbindung mit § 12 dieser Verordnung zuwiderhandelt, ist nach § 5 Abs. 3 des Gesetzes strafbar, auch wenn er nicht Jude ist.

§ 14

Für Verbrechen gegen § 5 Abs. 1 und 2 des Gesetzes ist im ersten Rechtszuge die große Strafkammer zuständig.

§ 15

Soweit die Vorschriften des Gesetzes und seiner Ausführungsverordnungen sich auf deutsche Staatsangehörige beziehen, sind sie auch auf Staatenlose anzuwenden, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande haben. Staatenlose, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande haben, fallen nur dann unter diese Vorschriften, wenn sie früher die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben.

§ 16

(1) Der Führer und Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften des Gesetzes und der Ausführungsverordnungen erteilen.

(2) Die Strafverfolgung eines fremden Staatsangehörigen bedarf der Zustimmung der Reichsminister der Justiz und des Innern.

§ 17

Die Verordnung tritt an dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens des § 7 bestimmt der Reichsminister des Innern; bis zu diesem Zeitpunkt ist ein Eheauglichkeitszeugnis nur in Zweifelsfällen vorzulegen.

Mr. 32. Aus der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 14. Novbr. 1935

(RGBl. I, S. 1341 ff.)

bringen wir folgendes zur Kenntnis:

§ 5

Ausländische Orden und Ehrenzeichen
(Zum § 5 Abs. 1c des Gesetzes)

1. Die Genehmigung zur Annahme der von einem ausländischen Staatsoberhaupt, einer ausländischen Regierung oder vom Papst verliehenen Orden und Ehrenzeichen erteilt der Führer und Reichskanzler.

2. Der Genehmigung des Führers und Reichskanzlers bedarf auch, wer in der Zeit vor dem 8. April 1933 einen ausländischen Orden oder ein ausländisches Ehrenzeichen erhalten hat und zu tragen beabsichtigt. Wenn ein ausländischer Orden oder ein ausländisches Ehrenzeichen in der Zeit zwischen dem 8. April und dem 30. September 1933 mit Zustimmung der zuständigen obersten Reichs- oder Landesbehörde empfangen worden ist, gilt die Genehmigung des Führers und Reichskanzlers als erteilt. Für Orden und Ehrenzeichen, die vor dem 10. August 1919 von einem ausländischen Staatsoberhaupt, einer ausländischen Regierung oder vom Papst verliehen worden sind, ist eine nachträgliche Genehmigung des Führers und Reichskanzlers nicht erforderlich. Sie dürfen unter der Voraussetzung des § 2 Abs. 1 dieser Verordnung mit der nach damaligem Landesrecht etwa vorgeschriebenen Genehmigung getragen werden.

§ 2 Abs. 1 dieser Verordnung lautet folgendermaßen:
Besitzzeugnis

1. Orden und Ehrenzeichen dürfen nur getragen werden, wenn sie von der dazu befugten Stelle ordnungsgemäß verliehen worden sind und der Beliehene darüber, soweit die Stiftungsurkunde nichts Gegenteiliges bestimmt, ein Besitzzeugnis oder eine Verlei-

hungsurkunde innehat. Ordnungsgemäß ausgestellte vorläufige Besitzzeugnisse haben dieselbe Gültigkeit wie endgültige.

3. Die Anträge auf Erteilung der Genehmigung sind von den Beamten, den Soldaten im aktiven Wehrdienst sowie den Angestellten und Arbeitern in öffentlichen Diensten bei ihrer vorgesetzten Dienststelle, im übrigen bei dem Reichsministerium des Innern zu stellen. Sie werden zur Einholung der Entscheidung des Führers und Reichskanzlers über das Auswärtige Amt dem Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei vorgelegt. Dem Antrag ist die Verleihungsurkunde nebst einer beglaubigten deutschen Übersetzung beizufügen. In dem Antrag ist der Anlaß der Auszeichnung anzugeben und bei Kriegserinnerungsmedaillen eines ehemals verbündeten Landes der Nachweis besonderer Verdienste des Beliehenen um dieses Land während des Weltkrieges zu führen.

Mr. 33. Der Umfang der seelsorglichen Schweigepflicht.

Das Landgericht München I., 3. Zivilsenat fälltte am 5. April 1935 ein für die Frage nach dem Umfange der seelsorglichen Schweigepflicht bemerkenswertes Urteil:

Ein Pfarrer machte einen seelsorglichen Krankenbesuch und wurde dabei Zeuge eines Gespräches, welches der Kranke mit einer Drittperson über Vermögenangelegenheiten führte. Der Kranke starb und der Nachlassverwalter erhob gegen die Drittperson Klage auf Herausgabe einer Summe. Für den Nachweis der Verpflichtung war das Gespräch, welches der Pfarrer angehört hatte, von Bedeutung. Auf Antrag des Klägers lud das Amtsgericht den Pfarrer als Zeugen. Dieser verweigerte das Erscheinen unter Anrufung des Reichskonfordinats, welches (Art. 9)¹ Tatsachen, die einem Geistlichen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut wurden, unter die anerkannte Schweigepflicht fallen läßt.

Das Gericht I. Instanz erklärte in einem Zwischenurteil diese Zeugnisverweigerung als unbegründet. „Mögen auch die unter Beweis gestellten Erklärungen des Beklagten gelegentlich eines Krankenbesuches des Zeugen beim Verstorbenen abgegeben worden sein, so waren sie doch nicht mehr Gegenstand des seelsorglichen Krankenbesuches; der Zeuge wurde zu diesen Verhandlungen nicht als Seelsorger beigezogen, sondern als privater Vertrauensmann der Beteiligten; denn die Beratung in Geldangelegenheiten ist keine Seelsorge. Abgesehen davon kann sich der (geistliche) Zeuge nicht auf eine Schweigepflicht berufen, weil ihm die Tatsachen, über welche er aussagen soll, nicht von dem Kranken anvertraut wurden, sondern Erklärungen des Beklagten waren, der den Zeugen von der Schweigepflicht entbunden hat, was nach dem kanonischen Rechte möglich ist.“

Gegen dieses I. instanzliche Urteil legte der Pfarrer Beschwerde beim Landgericht München ein, welches derselben stattgab und die Zeugnisverweigerung als begründet erklärte. Das Urteil führte aus: „Es ist zutreffend, daß Mitteilungen über Geldangelegenheiten und Beratungen in Geldsachen keine Seelsorge ist. Die gesetz-

¹ Art. 9 des Reichskonfordinats (Amtl. Bef. 1933, S. 68) lautet: „Geistliche können von Gerichtsbehörden und anderen Behörden nicht um Auskünfte über Tatsachen angehalten werden, die ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden sind und deshalb unter die Pflicht der seelsorglichen Verschwiegenheit fallen.“

lichen Bestimmungen stellen jedoch das Recht zur Zeugnisverweigerung nicht darauf ab, ob der Gegenstand von Mitteilungen und deren Beantwortung unter den Begriff der Seelsorge fällt, es kommt vielmehr darauf an, was der Geistliche bei **Ausübung der Seelsorge** wahrgenommen hat, ob also der Geistliche in seiner Eigenschaft als Seelsorger anwesend war und die Mitteilung des anderen in dieser Eigenschaft entgegengenommen hat. Es ist nicht bestritten, daß der Pfarrer dem Verstorbenen als Seelsorger mehrere Krankenbesuche gemacht hat. Wenn er aus Anlaß dieser Besuche vom Besuchten Mitteilungen über Vermögensangelegenheiten erhalten hat, so kann er sich mit Recht auf den Standpunkt stellen, daß ihm diese Mitteilungen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden sind. Im übrigen hat das Reichsgericht als zur Seelsorge gehörig auch die friedensstiftende Tätigkeit des Geistlichen anerkannt; auch dann, wenn es sich nur um Beilegung vermögensrechtlicher Streitigkeiten handelt (Jurist. Wochenschrift 1884, p. 87, Ziff. 10). Der Rechtsauffassung der Vorinstanz kann daher nicht beigepröcht werden. Dieselbe ist weiter der Meinung, daß sich der Pfarrer deshalb nicht auf die Schweigepflicht berufen kann, weil die Tatsachen, über welche er aussagen soll, ihm nicht vom Verstorbenen anvertraut wurden, sondern Erklärungen des Beklagten sein sollen. Auch diese Begründung hält die Kammer nicht für durchschlagend. Es handelt sich nach dem Beweisbeschlusse nur um Erklärungen der Beklagten, die der Zeuge bekunden soll. Diese können jedoch nicht für sich allein ohne gleichzeitige Wiedergabe der Einstellung des Verstorbenen sachgemäß beantwortet werden. Selbstverständlich ist, daß die Beklagte den Zeugen nicht von der Schweigepflicht gegenüber dem Verstorbenen entbinden kann. Eine solche Entbindung hätte nur durch den Verstorbenen selber geschehen können" (Ecclesiastica 1935 Nr. 37/38.)

Nr. 34. Zum Gesetz über die religiöse Kindererziehung.

Zur Entscheidung der Frage, in welchem religiösen Bekenntnis ein Kind weiter zu erziehen ist, muß oft festgestellt werden, welche „Bestimmung“ der Bestimmungsberechtigte früher darüber getroffen hat, besonders dann, wenn dieser gestorben ist oder das Bestimmungsrecht verloren hat oder in ihm — z. B. durch den Willen seines Ehepartners oder durch das Alter des Kindes — beschränkt ist. Zu einer solchen rechtswirksamen Bestimmung ist eine förmliche Willenserklärung niemals notwendig, genügt aber für sich allein oft auch nicht. Vielmehr muß sie sich stets in einer Maßnahme auswirken, die eine Betätigung dieses Willens enthält, also z. B. in den Maßnahmen zur Herbeiführung der Taufe, zum Besuche des Religionsunterrichts, des Gottesdienstes, aber auch in den im Rahmen des Familienlebens sich vollziehenden Maßnahmen in Bezug auf Religionsübung und Erziehung zu derselben. Eine solche „Bestimmung“ kann daher nicht vor der Geburt des Kindes erfolgen, z. B. durch die Erklärung der Brautleute, die aus der Ehe hervorgehenden Kinder in einem bestimmten Bekenntnis erziehen zu wollen. Sie liegt auch nicht in einer erst künftig, gegebenenfalls erst nach dem Tode des Bestimmungsberechtigten zu vollziehenden Anordnung, z. B. in einer letztwilligen Verfügung oder in einer Ermächtigung des künftigen Vormundes. Stirbt der einzige Bestimmungsberechtigte, z. B. die unehe-liche Mutter ohne die Taufe des Kindes nach einem be-

stimmten Bekenntnis wenigstens angeordnet zu haben, so hat der Vormund (mit Genehmigung des Vormund.-Ger.) das Bestimmungsrecht auszuüben und ist dabei nicht unter allen Umständen verpflichtet, das Bekenntnis der Mutter zu wählen.

Nr. 35. Betr. Lohnsteuer der ledigen Arbeitnehmer über 65 Jahre.

In einem Runderlaß des Reichsministers der Finanzen vom 10. Januar 1936 (S. 2225 — 20 III) heißt es u. a.:

„Aus Billigkeitsgründen (§§ 13, 131 AO) sind daher ledige Arbeitnehmer, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, von der Lohnzahlung ab, die auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgt, als kinderlos verheiratet zu behandeln. . . Die Lohnsteuer für diese Arbeitnehmer bestimmt sich in dem Fall nach Spalte 4 der Lohnsteuer-tabelle.

Diese Anordnung gilt erstmals für Lohnzahlungszeiträume, die nach dem 31. Dezember 1935 enden. Soweit für solche Lohnzahlungszeiträume im Widerspruch zu dieser Anordnung zuviel Lohnsteuer einbehalten sein sollte, können die zuviel einbehaltenen und abgeführten Beträge mit später abzuführenden Lohnsteuerbeträgen verrechnet oder in anderer Weise erstattet werden.“

Nr. 36. Imprimatur für religiöse Lichtbilder, Bildbänder und Filme.

Die Vorführung von religiösen Lichtbildern und Bildstreifen mit begleitendem Text, sowie von Schmalfilmen, hat sich aus kleinen Anfängen in den letzten Jahren stark entwickelt. Wir begrüßen es, daß Lichtbild und Film in den Dienst der Lehrverkündigung der Kirche gestellt wurden. Es wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß für die Bilder und Texte das kirchliche Imprimatur erforderlich ist, soweit dieselben die katholisch-kirchliche Lehre und katholisch-kirchliches Leben behandeln und durch die katholischen Pfarrkinos und Vereinsbildstellen zur Vorführung gelangen.

Deshalb verordnen wir folgendes:

I. Alle katholischen Lichtbildserien und Bildstreifen sowie die dazu gehörenden Texte müssen der zuständigen bischöflichen Behörde rechtzeitig vorgelegt werden. Es empfiehlt sich, das Material vor der Herstellung vorzulegen, d. h. den Text in Maschinenschrift und die Photos der zu verwendenden Bilder. Wenn die bereits kopierten Bilder und Bildstreifen vorgelegt werden, müssen gegebenenfalls notwendige Änderungen und Ausschnitte in Bild und Text gemacht werden, wodurch unnötige Kosten entstehen können.

II. Auch die Filme (Normal- und Schmal-filme), welche kirchliche Lehre und kirchliches Leben behandeln, müssen vor der staatlichen Zensur das kirchliche Imprimatur erhalten haben, bevor sie durch die kath. Pfarrkinos zur Vorführung gelangen.

III. Es ist angeraten, daß sich Hersteller und Autoren vor der Fertigstellung von Bildern, Bildbändern und Filmen zwecks Fachberatung mit der kirchlichen Filmstelle (FDR Filmarbeitsgemeinschaft der Deutschen Katholiken und dem KLV Katholischer Lichtspielverband)

in der Bischöflichen Hauptarbeitsstelle Düsseldorf, Reichstraße 20, in Verbindung setzen.

Bei dieser Gelegenheit wird der hochwürdigen Geistlichkeit empfohlen, dem katholischen Lichtspielverband e.V. in Düsseldorf, Reichstraße 20 (Postcheckkonto Köln: 2050) als fördernde Mitglieder (mindestens 2,— RM Jahresbeitrag) beizutreten, damit mehr geeignete Filme zur Vorführung in den katholischen Pfarrgemeinden und Vereinen geschaffen werden können.

Nr. 37. Zur besonderen Beachtung.

Es mehren sich die Fälle, in denen Schreiben mit seitenlangen Anlagen zur Weitergabe an die Regierung oder an andere zuständige Stellen bei uns eingereicht werden, ohne daß die Schreiben oder die Anlagen in doppelter Ausfertigung beigelegt werden. Da wir in den meisten Fällen wegen der weiteren Bearbeitung der vorliegenden Sache Schreiben und Anlagen bei unseren Älten behalten müssen, sind wir gezwungen, diese Abschriften in unserer Kanzlei anfertigen zu lassen, was manchmal eine vielstündige Arbeit verlangt, während der Einsender mühelos und ohne Zeitverlust einen Durchschlag mehr für unsere Älten anfertigen kann. Wir ersuchen die verehrlichen Kirchenvorstände bzw. die Herren Vorsitzenden, in Zukunft unserer Kanzlei diese unnötige Mehrbelastung zu ersparen und solche Anschreiben und Anlagen von sich aus in genügender Anzahl einzusenden.

Schneidemühl, den 9. Februar 1936.

Nr. 38. Personalien.

Neupriester Johannes Schulz wurde zum 10. Januar 1936 zur Vertretung des erkrankten Vikars nach Rokitten berufen.

Nr. 39. Betr. Zeitschrift für den katholischen Religionsunterricht an höheren Lehranstalten.

Der Religionslehrer an höheren Lehranstalten bedarf zur Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe eines Hilfsmittels, das in wissenschaftlicher und methodischer Hinsicht ihn fördert, die geistigen Stömungen richtig deutet und durch literarische Überblicke auf das Schrifttum der Gegenwart hinweist.

Ein solches ist die im Verlag L. Schwann, Düsseldorf, erscheinende „Zeitschrift für den katholischen Religionsunterricht an höheren Lehranstalten“.

Diese Zeitschrift erfreut sich einer wohlverdienten hohen Wertschätzung in der religionspädagogischen Literatur; sie ist das Ständesorgan der katholischen Religionslehrer Deutschlands, gleich wichtig für ihre Fortbildung wie für die Aufrechterhaltung der Verbindung des einzelnen mit seinen geistlichen Amtsgenossen an den höheren Schulen. Leider ist die Zahl der Bezieher durch den Abbau einer sehr großen Zahl von hauptamt-

lichen Religionslehrern und deren teilweise Ersetzung durch nebenamtliche Kräfte in der letzten Zeit stark zurückgegangen. Damit die Zeitschrift weiterhin ihre wichtige Aufgabe erfüllen kann, ist es nötig, daß sie von allen gehalten wird, für die sie bestimmt ist. Der Preis für ein Jahres-Abonnement (RM 6,80) lohnt sich reichlich. Der Jahrgang 1936 beginnt mit dem Anfang März zur Ausgabe gelangenden Heft 1.

Dort, wo die Pfarrgeistlichkeit den Religionsunterricht erteilt, kann im Bedarfsfalle der Bezugspreis ganz oder teilweise aus der Kirchenkasse gedeckt werden.

Nr. 40. Literarisches.

Jugendwohl, Katholische Zeitschrift für Kinder- und Jugendfürsorge, Monatsschrift. Preis 4,— RM einschl. Porto, Caritasverlag Freiburg i. Breisgau. — Die Zeitschrift ist in ihren 25. Jahrgang eingetreten. Seine Eminenz, der Hochwürdigste Herr Kardinal Bertram von Breslau schreibt in seinem Geleitwort: „Die Zeitschrift ist ein treuer Ratgeber und Wächter für die Seelsorge geworden. Die Sorge um das Kind, insbesondere um jene Kinder, die des Glückes der Geborgenheit in ihrer Familie entbehren, die Betreuung namentlich der gefährdeten und geschädigten Jugendlichen gehört ja überall zu den ernstesten Pflichtaufgaben des Seelsorgers. Sein Streben wird es vor allem sein, in der Pfarrfamilie das Bewußtsein der Verantwortung für die Erfüllung dieser Liebespflichten wachzuhalten und die Liebeskraft des katholischen Volkes zu jenen Aufgaben hinzuleiten, die daraus erwachsen. Möge die Zeitschrift „Jugendwohl“ auch in Zukunft den Seelsorgern, Ordensleuten und Laienaposteln ein nutzbringender Berater sein.“

Libellus missarum persolvendarum. Buchverlag Germania. A. G. Berlin SW 68, Puttkamerstraße 19. Preis 1,50 RM. — Ein Messstipendienbüchlein in dauerhaftem Einband und bequemem Taschenformat.

Taschenkalender und Kirchlich-Statistisches Jahrbuch für den katholischen Klerus Deutschlands 1936. Redaktion: Dr. R. A. Geiger, o. Hochschulprofessor a. D. in Dillingen. 58. Jahrgang. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz A. G. München. Preis 1 RM. Der für den Gebrauch des Klerus ausgearbeitete Kalender erscheint im Jahre 1936 im 58. Jahrgang und hat bereits durch sein ununterbrochenes langjähriges Erscheinen im Wechsel der Zeiten und Verhältnisse den Beweis für seine Brauchbarkeit und Nützlichkeit erbracht. Er enthält in diesem Jahrgange wieder eine Reihe von wichtigen Gesetzen und Entscheidungen, welche das Interesse des Klerus beanspruchen können.

P. Hermann Skolaster, Pallotiner „Tröstet mein Volk“. 246 Seiten. Ganz Leinen RM 4,—. Die Predigtliteratur unserer Tage bietet gewiß eine reiche Fülle von muftergültigen Werken. Die Zahl kurzer, wirklicher brauchbarer Predigten ist aber doch verhältnismäßig klein. Es handelt sich um die Sammlung kurzer, gediegener Predigten, wie sie dem Bedürfnis der Zeit entsprechen.

Die Freie Prälatur.

Bleske, Generalvikar.